

**16. Landtag von Baden-Württemberg, 64. Sitzung**  
**Mittwoch, 13. Juni 2018, 10:00 Uhr**

## **Rede**

Siegfried Lorek MdL

### **zur Aktuellen Debatte**

## **Digital blamiert: Bildungsplattform ella vor dem Aus?**

Es gilt das gesprochene Wort.

Siegfried Lorek MdL:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir befassen uns in der heutigen Debatte mit der Bildungsplattform „ella“. Zugegeben:  
Hier läuft nicht alles optimal.

Allerdings wurde die Debatte von der SPD beantragt. Da fragt man sich immer: warum?  
Wahrscheinlich wohl nur, um von der Bildungsmisere der letzten Legislaturperiode  
abzulenken.

Ich erinnere hier an die Bilanz der SPD-Bildungspolitik.

Strukturdebatte statt Qualität, damit der Absturz in nahezu allen Vergleichsstudien von der Champions League bis auf den Abstiegsplatz.

Es gibt den Ausspruch: Getroffene Hunde bellen. Ich glaube, in diesem Fall ist es so. Als Bildungsminister führte Kollege Stoch den von seiner Vorgängerin Warminski-Leitheußer eingeschlagenen Abwärtstrend unbeirrt fort.

Hier seien der Stellenabbaupfad und die Absenkung der Eingangsbesoldung genannt. Das, was Sie Bildungsaufbruch genannt haben, war maximal ein Bildungsbeinbruch.

Der FDP/DVP kommen die Schwierigkeiten, die es bei „ella“ gibt, nur gelegen. Sie springt momentan auf jedes Pferd, was sie in die Medien bringt.

Schwierigkeiten bei der Umsetzung eines ambitionierten, aber noch unter SPD-Verantwortung eingeleiteten Projekts möchte Kollege Rülke gern zu einem ausgewachsenen Skandal machen.

Aber einer sachlichen Aufarbeitung dient diese Rhetorik nicht.

Jetzt – Sie haben es ja eingefordert – zu „ella“. Ich zitiere:

*Moderne Formen der Zusammenarbeit und Kommunikation werden auch im Bildungsbereich immer wichtiger. Mit der digitalen Bildungsplattform wollen wir neue Standards setzen und die Möglichkeiten in diesem Bereich für die Schulen im Land deutlich erweitern.*

So der damalige Kultusminister Stoch in seiner Pressemitteilung vom 2. Dezember 2015.

Das Ganze basierte also auf einem Kabinettsbeschluss – Kollegin Boser hat es schon angesprochen – nach einer Vorlage des Kollegen Stoch.

Was ist denn nach dieser vollmundigen Ankündigung passiert? Einfach nichts. So kennen wir die SPD.

Das Kultusministerium hat sich des Themas dann unter einer anpackenden Kultusministerin Dr. Eisenmann angenommen.

Im Juli 2017 wurde dann der Letter of Intent zwischen dem Kultusministerium, BITBW und der Kommunalen Informationsverarbeitung Baden-Franken unterzeichnet.

Nach dem Letter of Intent übernimmt BITBW die Steuerung gegenüber KIVBF und stellt die vertragskonforme Leistungserbringung durch diese sicher.

Sie führt dann ein angemessenes Auftrags- und Eskalationsmanagement sowie eine Projektorganisation für den Aufbau und Betrieb des Cloudservices „Bildungsplattform BW“ ein.

Da kann man sich schon fragen: Warum wurde BITBW beauftragt? Ganz einfach: weil es nach einem Gesetz des damaligen SPD-Innenministers Gall so vorgeschrieben ist.

Ich zitiere aus seiner Plenarrede vom April 2015:

*Die Dienststelleneinrichtungen der unmittelbaren Landesverwaltung werden grundsätzlich zur Nutzung von Dienstleistungen von BITBW verpflichtet.*

Zielsetzung von BITBW war u. a. die Einsparung von 40 Millionen €. Die Leistungsfähigkeit der Behörde war zweitrangig.

Wie Sie sehen, hat unsere Kultusministerin einen von der SPD initiierten Kabinettsbeschluss umgesetzt und mit BITBW die Stelle beauftragt, welche nach der damaligen Kabinettsvorlage so vorgesehen sowie nach dem SPD-Gesetz beauftragt war. Das Ansinnen von „ella“ macht absolut Sinn.

Die digitale Bildungsplattform würde unsere Bildungslandschaft klar voranbringen. Aber wir brauchen nicht darum herumreden – Sie sagen es –: „ella“ läuft nicht wie gewünscht.

Darum auch Respekt vor dem Handeln unserer Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann.

Die wurstelt nicht einfach weiter, sondern sie handelt mutig und entschlossen. Es wurde das Gutachten in Auftrag gegeben. Ich denke, zu einer guten Politik gehört auch die Reflektion der eigenen Bemühungen. Das Gutachten hat eklatante Probleme zutage befördert, insbesondere durch die Umsetzung von KIVBF, und diese werden nun aufgearbeitet und dann wird entschlossen entschieden, geht's weiter oder geht's nicht weiter.

So ist es einfach auch richtig. Lieber Kollege Fulst-Blei, wenn Sie Fragen haben, warum bei KIVBF vieles nicht funktioniert, können Sie beispielsweise auch gerne auf Ihren stellvertretenden Verbandsvorsitzenden von KIVBF zugehen, OB Mentrup. Er war ja bis 2013 Mitglied Ihrer Fraktion, d. h. Sie dürften ihn also kennen.

Für BIT BW ist im Übrigen der CIO des Landes zuständig. Wer hat denn den eingesetzt, Herr Gall?

Zusammenfassend scheint die SPD mit dem jetzigen Einprügeln auf die Kultusministerin und auf Innenminister Strobl nur davon ablenken zu wollen, das erstens die Grundlage von ella plus die geplante Umsetzung genauso in der KV der SPD war, Kultusministerin Eisenmann das Thema energisch angeht und bei Problemen, die sie nicht verschweigt, sondern aufarbeitet – das ist richtig, das ist eine richtige politische Handlung – vielleicht können Sie es einfach nicht vertragen, dass eine Kultusministerin erfolgreich arbeitet, beliebt sein kann, insbesondere nach der Ära von Warminski-Leitheußer, kennt die SPD dies so nicht.

Deshalb bin ich froh, dass das Bildungsressort jetzt wieder unter CDU-Verantwortung steht und nicht noch weitere Jahre der SPD-Bildungspolitik verschenkt werden.

Auch, wenn die SPD jetzt nur von ihrem eigenen Versagen ablenken wollte, die Aktuelle Debatte heute ist richtig und es ist richtig, dass das Plenum damit befasst wird. Allerdings fordern gerade Sie derzeit inflationär Untersuchungsausschüsse, und zwar vollkommen über das Ziel der parlamentarischen Kontrolle und Aufklärung hinaus. Die Ressourcen, die ein Untersuchungsausschuss binden würde, wären sinnvoller verwendet, wenn die Regierung diese Ressourcen einsetzen würde, um sich wirklich um die Lösung des Problems zu kümmern. Ein Untersuchungsausschuss nützt weder den Schülern noch den

Lehrern, er verbessert nicht den Unterricht, bringt die Digitalisierung nicht voran und von einer Partei, die vor einem Jahr noch plakatiert hat, „Digital First“ hätte ich mir was anderes erwartet.

Wir haben Vertrauen in die Regierung, dass das Thema jetzt aufgenommen, aufgearbeitet und dann erfolgreich entschieden und zu Ende geführt wird. Vielen Dank.